

# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146  
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz

**Ercheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Am Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 3100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 3000.—; durch die Post monatlich M 3000.— freibleibend.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeitzeile (Rohre's Zellenmesser 14) M. 200.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 150.—. Einzelige Zeile M. 600.—, und M. 450.—. Reklame M. 500.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraube und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen zöhlern durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörn, Bretzig, Pauswade, Ohorn, Oberfietna, Niederfietna, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 185.

Druck und Verlag von E. L. F. Dörsers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 53

Donnerstag, den 3. Mai 1923.

75. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

Die Vorschriften über die Gebühren im Schornsteinfegerwesen in dem Bezirk Pulsnitz und Umgegend haben eine weitere Verringerung infolge der Erhöhung vom 15. März 1923 ab auf das 350fache und vom 1. April 1923 ab auf das 500fache erhöht worden sind.

Pulsnitz, am 2. Mai 1923

Der Rat der Stadt.

### Gebührensätze für die Heimbürgerin.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, mit Wirkung vom 1. April 1923 die Gebühren der Heimbürgerin wie folgt zu erhöhen:

für Personen unter 14 Jahren	4000 Mark,
für Personen über 14 Jahren	6000 Mark.

Pulsnitz, am 2. Mai 1923.

Der Rat der Stadt.

### Kurzarbeiter betr.

Die allwöchentlichen bzw. aller 2 Wochen von den Arbeitgebern bzw. den Kurzarbeitern selbst bezubringenden Lohnnachweisungen sind künftig bis spätestens Freitag mittag bei unterzeichneter Stelle abzugeben.

Später eingehende Nachweisungen können der schnelleren Abwicklung der Geschäfte wegen für die Sonnabends stattfindende Auszahlung der Unterstützung nicht berücksichtigt werden.

Pulsnitz, am 3. Mai 1923.

Der Rat der Stadt.

— Erwerbslosenfürsorge - Amt. —

### Stadt- und landbekannt

werden Ihre Anzeigen, wenn sie in dem Pulsnitzer Wochenblatt veröffentlicht werden.

## Das Wichtigste.

Zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 ist den getreidehaltenden Körperschaften eine Regierungsvorlage zugegangen, die im allgemeinen zwar der freien Wirtschaft Spielraum läßt, aber besondere Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Reserve an Brotgetreide vorsieht.  
Wie das Berliner Tageblatt hört, hat Reichskanzler Dr. Cuno ab Mittwoch-Abend einen kurzen Erholungsurlaub angetreten, den er in Freudenstadt im Schwarzwald zu verbringen gedenkt.  
Die schwäbisch-oberbayerische Bauernschaft hat bisher zur Milchverbüßung 1 432 000 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das ist ein Fünftel der Summe, die die Reichsregierung für das ganze Reich bereit hält.  
Die „Frankfurter Nachrichten“ sind, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, in den Besitz von Günther übergegangen.  
Die Voruntersuchung des Prozesses gegen den Kapitän Ehrhard gestaltet sich so umfangreich, daß mit einer Verchiebung des Prozesses gerechnet werden muß.  
Die Regierung Harding hat drei Botschafter aus europäischen Hauptstädten zur Berichterstattung beim Reichsamt über Richtung und Inhalt dieser Besprechungen beim Staatssekretär und beim Präsidenten Vermutungen anzustellen, wäre allerdings noch verfrüht.  
Die amerikanischen Kommunisten hatten in aller Stille Vorbereitungen für eine Fete am 1. Mai getroffen. Die Führer der Bewegung sind aber von der Bundespolizei verhaftet worden.  
Die Uebervölkerung Moskaus hat so katastrophale Dimensionen angenommen, daß das Wohnungswesen jeder Beschreibung spottet. Man hofft dadurch das Elend zu lindern, daß alle in Moskau nicht unbedingt notwendigen Behörden ausgewiesen werden sollen.

### Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz.** (Aufklärungs Vortrag.) Der von der G. Wohlmuth u. G., Institut Pulsnitz für morgen Freitag angelegte Vortrag, erläutert durch den Generalvertreter Herrn Otto Schuster, sei der Beachtung empfohlen.

(Bei der anstehenden Baumbilte) sei darauf hingewiesen, daß die Beschädigung von Bäumen und Sträuchern durch Abbrechen von Zweigen und dergleichen nach dem Reichsstrafgesetzbuch mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft wird, ferner wird das unbefugte Betreten von Gärten oder von Wiesen und bestellten Aekern, Weiden oder Schonungen, die mit einer Einfriedigung versehen sind oder deren Betreten durch Warnungszeichen untersagt ist, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

(Weitere Erhöhung der Preise für Zeitungsdruckpapier.) Der Preis für Druckpapier ist mit Wirkung vom 1. Mai ab auf 1550 Mark pro Kilo festgesetzt worden gegen 1400 Mark für den Monat April. Außerdem haben sich die Papierfabriken vorbehalten, daß, wenn im Mai eine Kohlenpreis-, Frachtarifserhöhung oder Rohstoffpreiserhöhung eintritt, die sich daraus ergebende Differenz noch auf den neuen Papierpreis aufgeschlagen wird. Der Zellstoffpreis ist gleichzeitig von 1443 Mark pro Kilo auf 1930 Mark erhöht worden.

(Fahrpreisermäßigung für Uraubsreisende.) Während sich auf der einen Seite die Gepflogenheit, den Arbeitnehmern zur Aufreicherung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte alljährlich einen Erholungsurlaub zu gewähren, immer mehr ausbreitet, wird den Arbeitnehmern andererseits

infolge der sinkenden Kaufkraft ihres Einkommens und vor allem durch die Steigerung der Eisenbahnfahrt eine zweckentsprechende Ausnutzung ihres Urlaubs immer mehr unmöglich gemacht. Auch die Eisenbahnverwaltung hat sich der Ansicht, daß hier etwas geschehen muß, nicht verschließen können und bereits im vorigen Jahre durch Vermehrung der Zahl der Ferienonderzüge Abhilfe zu schaffen gesucht. So anerkennt man wert dieses Vorgehen auch ist, so kann doch auf diese Weise dem bestehenden Bedürfnis nur zum Teil Rechnung getragen werden. Denn auch bei weitgehendstem Ausbau dieser Einrichtung wird die Zahl der Ferienzüge, vor allem aber so weit es sich um Züge ein und derselben Fahrtrichtung handelt, doch immerhin eine beschränkte bleiben. Dazu kommt, daß die Wahl der Urlaubszeit nicht im Ermessen des Arbeitnehmers liegt, sondern von den Betriebsverhältnissen abhängig ist, die naturgemäß auf die Fahrtage der Urlaubszüge keine Rücksicht nehmen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) hat daher an die zuständigen Stellen das dringende Ersuchen gerichtet, unter Beibehaltung und Vermehrung der Ferienonderzüge die Einräumung einer allgemeinen 50%igen Fahrpreisermäßigung für eine Urlaubszugreise jährlich für alle Arbeitnehmer und ihnen wirtschaftlich gleichgestellten Personen in erste Erwägung zu ziehen.

(Die Mütterberatung Oberlichtenau) findet Freitag, den 4. Mai, nachmittags 3 Uhr in der Schule Oberlichtenau statt. Alle jungen Frauen von Oberlichtenau, Niederlichtenau und Friedersdorf sind dazu eingeladen.

**Ramenz.** (Unglücksfall.) Ein höchst bedauerlicher Unglücksfall trug sich am Montag nachmittags im benachbarten Bernsdorf zu. Die etwa 19jährige Tochter des Mühlenbesizers Lode daselbst kam mit dem Kopfhaar so unglücklich ins Getriebe der Mühle, daß dem armen Mädchen die Kopfhaut bis zum halben Gesicht abgerissen wurde. Nachdem der Verunglückten durch Herrn Dr. med. Schulze Ramenz die erste Hilfe zuteil geworden war, veranlaßte dieser die Uebersführung der Verunglückten durch Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonne Ramenz nach dem Diakonissenhause in Dresden.

**Dresden.** (Geheimer Oekonomierat Dr. Andrae tot.) Am Montag vormittag ist in Braunsdorf bei Tharandt der Geheimer Oekonomierat Dr. Andrae plötzlich verstorben, nachdem er einen Gehirnschlag erlitten hatte. Andrae war Vorsitzender des Bundeskulturrates der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft und anderer landwirtschaftlichen Vereinigungen. In den Jahren 1899—1908 vertrat er als Mitglied der konservativen Fraktion im Landtag den 13. ländlichen Wahlkreis Dippoldiswalde-Frauenstein und von 1917—1918 den 17. ländlichen Wahlkreis Malba-Bienenmühle.

**Dresden.** (Der neue Polizeipräsident von Dresden.) Das Gesamtministerium hat zum Präsidenten der Staatspolizeiverwaltung den bisherigen Dresdner Polizeipräsidenten Dr. Thomas und zu dessen Nachfolger als Polizeipräsidenten den Landtagsabgeordneten Bernhard Renke, zurzeit Gemeindevorstand in Heidenau, ernannt. Der bisherige Präsident der Staatspolizeiverwaltung, Dr. jur. Adolph,

ist als Ministerialrat in das Justizministerium versetzt worden.

(Ministerpräsident a. D. Bud Präsident der Landesversicherungsanstalt.) Der gegenwärtige Präsident der Landesversicherungsanstalt, der frühere Landtagspräsident Fröhlich, ist, da er in letzter Zeit einige Schlaganfälle erlitten hat, gezwungen, von seinem Amte zurückzutreten. Sein Nachfolger wird, wie von gut unterrichteter Seite aus Dresden gemeldet wird, der ehemalige Ministerpräsident Bud.

**Langburkersdorf.** (Schweres Automobilunglück.) Der hiesige Blumenfabrikant Fride, der mit seinem Kraftwagen von einer Geschäftsreise aus Sebnitz zurückkehrte, ließ kurz vor seiner Wohnung in Langburkersdorf mit dem Einspanner eines Wirtschaftsbekkers zusammenstoßen. Die Wagenstöße stieß durch die Glasrumpel des Autos und fügte dem Autobesitzer derart schwere Schädelverletzungen zu, daß der Tod augenblicklich eintrat. Die übrigen Insassen des Kraftwagens kamen mit geringeren Verletzungen davon.

**Zittau.** (Max Hölz russischer Ehrensoldat.) Die „Zittauer Morgenzeitung“ läßt sich aus Dresden melden: Max Hölz und Erich Wähnam sind zu Ehrensoldaten des 46. russischen Kavallerieregiments ernannt worden in Anerkennung ihrer Verdienste um die Revolution.

## Politische Rundschau

Deutsches Reich.

### Deutschlands Angebot, ein nochmaliger Versuch der Verständigung, ohne den Rechtsstandpunkt zu verlassen.

Gesamtverpflichtung Deutschlands 30 Milliarden Goldmark.

Berlin, 2. Mai. Die Note der deutschen Regierung an die Alliierten betont eingangs den Entschluß der Reichsregierung, nochmals einen Versuch der Verständigung zu machen, ohne damit ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt werden wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinlanden erreicht ist. Die Bereitwilligkeit Deutschlands, für Zwecke der Reparationen zu leisten, was immer in seiner Kraft steht, wird dadurch erschwert, daß es bei der Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen, endgültigen Ziffern abzuschätzen. Ferner ist Deutschland nicht in der Lage, in der nächsten Zeit größere Kapitalbeträge aus eigenen Mitteln aufzubringen und bedarf deswegen hierfür auswärtiger Anleihen, deren Aufnahme die Wiederherstellung des deutschen Kredit zur Voraussetzung hat. Von dieser Voraussetzung ausgehend, sagt die deutsche Regierung ihre Vorschläge zum Reparationsproblem und den damit verbundenen politischen Fragen wie folgt zusammen: Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen wird auf 30 Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit 20 Milliarden bis zum 1. 7. 1927, mit 5 Milliarden bis zum 1. 7. 1929 und mit 5 Milliarden bis zum 1. 7. 1931 durch Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt aufzubringen sind. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Falls die beiden Beträge von diesen Goldmilliarden bis zum vorangehenden Termine nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckelte Rest aufzubringen ist. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihenforum oder ein Komitee von internationalen Ge-